

Vortrag an den Ministerrat

Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz am 7. Dezember 2021 in Brüssel

Am **7. Dezember** 2021 fand in Brüssel der **Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz in der Formation der Gesundheitsminister:innen** statt. Österreich war an diesem Tag durch mich vertreten. Der Vorsitz wurde vom slowenischen Gesundheitsminister, Janez POKLUKAR, geführt. Die Europäische Kommission war im Bereich Gesundheit durch Stella KYRIAKIDES, Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, vertreten.

Zum Verordnungsvorschlag für einen **Notfallrahmen für medizinische Gegenmaßnahmen (HERA)** fand ein Austausch der Minister:innen statt. Durch diese Einrichtung einer zusätzlichen Struktur für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen, sollen Mitgliedstaaten im Hinblick auf **Bereitschaft, Management und Reaktion auf grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren unterstützen** und gesamteuropäisch koordinieren, v.a. in Hinblick auf die Sicherstellung der **Beschaffung, Bevorratung, Versorgung und Produktion von medizinischen Gegenmaßnahmen und Rohstoffen**. HERA wird als eine eigenständige Organisationseinheit innerhalb der EK angesiedelt werden.

In meiner Wortmeldung bedankte ich mich beim slowenischen Vorsitz für die großen Anstrengungen zur Schaffung eines Rahmens zur Krisenbewältigung von gesundheitlichen Notlagen. Die gegenwärtige Pandemie hat uns die Notwendigkeit aufgezeigt, geeignete Strukturen der Vorsorge und Reaktion auf europäischer Ebene zu etablieren, um auf grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren rasch und in einer koordinierten Weise reagieren zu können. HERA als neu geschaffene europäische Behörde zur Krisenkoordinierung in gesundheitlichen Notlagen kann wesentlich zu einer funktionierenden und wirkmächtigen Struktur-auf EU Ebene beitragen. Durch verstärktes Monitoring, strategische Beschaffungsvorgänge und den Einsatz von Forschungs- und

Innovationsplänen unter dem Notfallrahmen, kann die Resilienz der Gesundheitssysteme und deren Versorgung in der EU und entlang der gesamten Wertschöpfungskette gestärkt werden. Entscheidend für eine rasche und effiziente Reaktion sind klare Zuständigkeiten in der Governance. Diese müssten in der Verordnung klar dargelegt werden, um Parallelarbeiten während der Krise möglichst zu vermeiden. Abseits des Notfallrahmens ist es unbedingt erforderlich, auch vorbereitende Maßnahmen unter Einbindung der Mitgliedsstaaten zu ergreifen. Eine umfassende Evaluierung bis 2023 soll die Prozesse und Funktionsweise von HERA prüfen. Dies umfasse auch die Frage der Einrichtung von HERA als eigenständige Agentur, die von Rat und Kommission partnerschaftlich zu beurteilen sei.

Die **Schlussfolgerungen zur Stärkung der Europäischen Gesundheitsunion** wurden angenommen. Sie identifizierten wesentliche Elemente zur Stärkung und Ausweitung der rechtlichen Grundlage für die EU-Koordinationsfähigkeit im Falle schwerwiegender grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren.

Beim **Gedankenaustausch über die aktuelle COVID-19 Situation** wurde auf die neu aufgetretene Omikron Variante, die Kinderimpfung unter 12 Jahren, sowie die gemeinsame Beschaffung von Therapeutika eingegangen. Ich betonte, dass angesichts des Aufkommens der neuen Virusvariante Omikron ein einheitliches Vorgehen auf europäischer Ebene besonders notwendig sei. Weitere Informationen zu den angepassten Varianten-Impfstoffen, um künftig gezielt reagieren zu können, seien essentiell, ebenso wie ein EU-weit einheitliches Kontrollschema auf Flughäfen. Ausdrücklich begrüßte ich das schnelle und konsequente Vorgehen und die Koordinierung zwischen den Mitgliedsstaaten in Bezug auf die getroffenen Maßnahmen. Weiters erwähnte ich, dass in Österreich die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht vorgesehen ist und durch beschleunigte Booster-Impfungen reagiert wird, um weitere Infektionswellen bestmöglich zu verhindern. Zu Impfungen von Kindern führte ich aus, dass das Nationale Impfgremium aufgrund der Entscheidung der EMA bereits am 26.11. die Empfehlung für die Covid-19 Schutzimpfung in der Altersgruppe 5-11 Jahren ausgesprochen habe und bereits 4,2% der Kinder in dieser Altersgruppe eine erste Impfung erhalten hat. Die Vorverlegung des gemeinsamen Auslieferungsbeginns der Kinderimpfstoffe in der EU hilft sehr bei der operativen Umsetzung. Zur gemeinsamen Beschaffung von Covid-19 Therapeutika, berichtete ich, dass über das europäische gemeinsame Vergabeverfahren für Verträge mit zwei Unternehmen verbindliche Bedarfe an bestimmten Beschaffungsmengen vorgelegt und parallel dazu auch bilaterale Verträge zur Bestellung abgeschlossen worden seien. Aufgrund der Lehren, die wir aus der Pandemie gezogen haben, halte ich eine

gemeinsame Bevorratung von Arzneimittel aber auch bei anderen Medizinprodukten für sinnvoll.

Beim **Mittagessen** fand ein Austausch über das geplante internationale Abkommen über die Vorbereitung und Reaktion auf Pandemien statt, zu der bei der **Sondertagung der Weltgesundheitsversammlung** vom 29. November – 1. Dezember 2021 bereits der Beschluss zur Einrichtung eines Verhandlungsgremiums erfolgte.

Unter TOP **Sonstiges** informierte der Vorsitz über den Sachstand der aktuellen Gesetzgebungsvorschläge wie die Verordnung zu einer verstärkten **Rolle der Europäischen Arzneimittel-Agentur**, die Verordnung zur **Änderung der Verordnung (EG) Nr. 851/2004 zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten**, die Verordnung zu **schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren** und die Verordnung zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/746 hinsichtlich der **Übergangsbestimmungen für bestimmte In-vitro-Diagnostika**.

Die Europäische Kommission und der Vorsitz informierten über die Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 über **Biozidprodukte**, die **Arzneimittelstrategie für Europa** und weitere kommende Initiativen, **Europas Plan gegen den Krebs**, die **Sondertagung der Weltgesundheitsversammlung** über Pandemievorsorge und Pandemiereaktion vom 29. November - 1. Dezember 2021 und **das Rahmenübereinkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakkonsums (FCTC)**. Abschließend stellte der französische Gesundheitsminister Verán das **Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes** für das **erste Halbjahr 2022** vor.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

10. Dezember 2021

Dr. Wolfgang Mückstein
Bundesminister